

solange vertreten, als sich eine Partei als «Volkspartei» fühlen durfte. Dies war in etwa der Fall bis 1932. Jedenfalls waren die beiden Wahlkreise Unterland und Oberland durch «ihre» Partei im Landtag vertreten.

1933 belebt sich durch den Eintritt des Liechtensteiner Heimatdienst in die Politik die politische Szenerie. Er versteht sich zwar nicht als Partei, doch steht er als politische Gruppe zwischen den beiden im Landtag vertretenen Parteien. Sie wird zum Hindernis des Proporz, da sie sich mit der Oppositionspartei, der Volkspartei, in Opposition zur Bürgerpartei stellt und später mit der Volkspartei zusammen die Nationale Opposition bildet. Die Bürgerpartei, die im Liechtensteiner Heimatdienst eine Gefahr für den Staat erblickt, kann, will sie ihren Grundsätzen der Überparteilichkeit treu bleiben, eine solche politische Gruppe nicht als Partei legitimiert sehen, denn sie repräsentiert keineswegs das Volk, sondern ist und bleibt eine Splittergruppe, die das politische Leben «fanatisiert» (Pfarrer Anton Frommelt). Der Liechtensteiner Heimatdienst ist politisch zu wenig gefestigt.

Ein tiefgreifender Einschnitt ins politische Geschehen erfolgt im Jahre 1938.<sup>115</sup> Der Proporz wird zur «staatsnotwendigen» Einrichtung. Der Schmied des Proporz ist Regierungschef Dr. Josef Hoop. Der Proporz ist zum Regierungsinteresse geworden. Das bewog die Bürgerpartei zum Einlenken. Pfarrer Anton Frommelt war in seiner Gegnerschaft zum Proporz isoliert, obwohl er in den Reihen der Bürgerpartei eine grosse Anhängerschaft besass. Die politische Notwendigkeit sprach für den Proporz. Die öffentliche Rede von Regierungschef Dr. Josef Hoop in der Volksversammlung in Eschen<sup>116</sup> trägt die Gründe für den Proporz vor. Sie stellt zugleich auch eine Rechtfertigung seiner Regierungspolitik dar.<sup>117</sup> In dieser Rede kommen innen- und aussenpolitische Aspekte zum Tragen, die massgebend waren. So heisst es: «Während aussenpolitisch sich durch die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich keine Änderungen der Verhältnisse ergab, ist sie innerpolitisch nicht ohne Folgen geblieben. Es gab eine Anzahl Leute, die glaubten, dass ein wenigstens wirtschaftlicher Anschluss

<sup>115</sup> Siehe dazu die Ausführungen 103ff.

<sup>116</sup> L. V. Nr. 143, 13. Dezember 1938.

<sup>117</sup> Die Rede wird hier auszugsweise wiedergegeben. Sie wurde öffentlich gehalten.